

Ein Fahrplan auf dem Weg zu einer „Union der Gleichheit“: Herausforderungen und Impulse für die Gleichstellung der Geschlechter in der Europäischen Union

KATRIN LANGE. JULIA LUX. CARLOTTA VON WESTERHOLT

Einleitung

Gleichstellungspolitik gehört seit jeher zum Tätigkeitsfeld der Europäischen Union (EU). Bereits der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 enthielt in Artikel 119 eine entsprechende Regelung. Gleichwohl steht sie großen Herausforderungen gegenüber, die einerseits aus der Hartnäckigkeit geschlechterungleicher Strukturen resultieren und andererseits aus dem von Anti-Gender-Kräften gezielt vorangetriebenen *Backlash* (Kuhar/Paternotte 2017; Dietze/Roth 2020; Wittenius/Lange 2021). Gleichzeitig haben gleichstellungspolitische Vorhaben in der Kommission von der Leyen I unter der Vision einer „Union der Gleichheit“ deutlich an Bedeutung gewonnen. Akademische Beobachter*innen sehen diese ebenfalls als ambitioniert, jedoch durch strukturelle Faktoren gebremst an (Abels/Mushaben 2020; Debusscher 2023). Für die 2024 begonnene Kommission von der Leyen II stellt sich daher die Frage: Wie geht es weiter mit der EU-Gleichstellungspolitik? Diese Frage gewinnt vor dem weiter anwachsenden Einfluss von Anti-Gender-Kräften an Dringlichkeit (Abels/Klöckner 2025).

Im Europäischen Parlament (EP) stieg nach den Wahlen 2024 zum dritten Mal in Folge der Abgeordnetenanteil, die Anti-Gender-Positionen vertreten. Gleichzeitig sank erstmals seit den ersten Wahlen 1979 der Frauenanteil (Gender5+ 2024; zum Einfluss von Anti-Gender-Kräften in vergangenen Legislaturperioden: Ahrens 2018; Kantola/Lombardo 2021; Elomäki 2023a). Dies erschwert dem EP, sich proaktiv und positiv für Gleichstellung einzusetzen. Auch im Europäischen Rat und im Rat der EU sind Anti-Gender-Kräfte zunehmend vertreten, beispielsweise durch die Regierungen Finnlands, Italiens, Kroatiens, der Niederlande, der Slowakei, Tschechiens oder Ungarns (Coi 2024). Im Rat werden beispielsweise regelmäßig Erklärungen abgegeben, dass Geschlechter nur binär gedacht werden könnten, wodurch tradierte Rollenvorstellungen gefestigt werden.

Diese Machtverhältnisse waren auch der Grund dafür, dass die Kommissionspräsidentin 2024 nicht in der Lage war, ihr Kabinett geschlechterparitätisch zu besetzen. Im Vergleich zum letzten Kollegium fehlen den Kommissar*innen vielfältige Erfahrungen mit Gleichstellungspositionen: Helena Dalli, die seit 2019 die neu geschaffene Position der Kommissarin für Gleichstellung innehatte, war zuvor Ministerin für EU-Angelegenheiten und Gleichstellung sowie parlamentarische Staatssekretärin für die Rechte der Frau in Malta (Europäisches Parlament o. J.). Hadja Lahbib, die im neuen Kabinett für Gleichstellungsfragen zuständig ist, hat hingegen kaum politische Erfahrung in diesem Bereich (Europäische Kommis-

sion o. J.) und ist für Vorsorge und Krisenmanagement verantwortlich (Rozanova 2024).

Die reaktionären Machtverhältnisse in EP und Kommission haben inhaltliche Konsequenzen: Die Kommission scheint bei der Initiierung neuer gleichstellungspolitischer Maßnahmen zurückhaltender und fokussiert eher die Begleitung und Überwachung der Umsetzung von Richtlinien aus der letzten Legislaturperiode. In ihrem Arbeitsprogramm kündigte sie zudem den Rückzug des Entwurfs für eine horizontale Gleichbehandlungsrichtlinie an (Europäische Kommission 2025c; vgl. auch das Interview mit Hubert in diesem Heft). Dieser Schritt wurde von der Zivilgesellschaft, dem EP und teilweise dem Rat der EU stark kritisiert. Die Kommission versäumte es 2025 zudem, die ungarische Regierung zu verurteilen, nachdem diese eine Pride-Demonstration in Budapest verboten hatte. Dies geschah aufgrund eines verschärften ohnehin umstrittenen Gesetzes zum „Kindeswohl“, das weitere gleichstellungspolitische Errungenschaften Ungarns zurückdrängt. Die ausgebliebene klare Positionierung offenbart ebenfalls den fehlenden politischen Willen, sich EU-weit entschieden für eine inklusive Gleichstellung einzusetzen.

Auch in der zivilgesellschaftlichen und aktivistischen Sphäre stellen Differenzen zwischen Akteur*innen, die auf ein binäres Verständnis von Geschlecht bestehen und dabei trans* Menschen ausschließen, und solchen, die ein inklusiveres Verständnis von Geschlecht und Feminismus vertreten, ein Problem für die Handlungsfähigkeit feministischer Bewegungen dar. Diese Konfliktlinien sind Ausdruck tieferer Machtverhältnisse, die kapitalistische Produktions- und vor allem Reproduktionsverhältnisse absichern sollen. Dabei wird die Ausbeutung vulnerabler Gruppen über deren Abwertung (Sexismus, Queerfeindlichkeit, Interfeindlichkeit, Rassismus, Ableismus etc.) legitimiert.

Wir Autorinnen arbeiten an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft und möchten aus dieser Perspektive im Folgenden einen ambitionierten Weg skizzieren, der Gleichstellung in der EU intersektional und divers denkt und damit transformatives Potenzial birgt. Auch wenn die Herausforderungen für die EU in diesen Zeiten eher größer als kleiner werden, sind wir überzeugt: Eine klare Vision, umfassende Ressourcen, die konsequente Umsetzung gleichstellungspolitischer Maßnahmen sowie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGOs) und ihrer Forderungen sind unerlässlich. Nur so lässt sich Gleichstellung in der EU gezielt voranbringen und eine „Union der Gleichheit“ verwirklichen.

Theoretisch-konzeptioneller Zugang

Einem inklusiven Verständnis von Intersektionalität kommt eine entscheidende Rolle zu. Dies bezeichnet die Gleichzeitigkeit und Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen, die sich gegenseitig beeinflussen und verstärken können. Von der Leyen (2024) machte Intersektionalität in der „Union der Gleichheit“ 2019 zum politischen Leitprinzip.

Der Begriff wird insbesondere auf Schwarze Feminist*innen, die afroamerikanische Arbeiter*innenbewegung und Critical Race Theory zurückgeführt (Crenshaw 1991; Davis 2019). Er kritisiert Binarismus und Essentialisierung (La Berbera/Cassain/Caravantes 2024). Gleichzeitig hat die Verwendung durch unterschiedliche Akteur*innen unter anderem zu einer Interpretation als „gender first“ geführt. Dieser Ansatz priorisiert die soziale Ungleichheitskategorie „Frauen“ und fokussiert erst in einem zweiten Schritt die Überschneidungen mit anderen Kategorien wie Klasse/Schichtzugehörigkeit, Behinderung oder rassistische Zuschreibung. Ein solches Vorgehen fördert jedoch Binarismus und schließt Nicht-Binarität aus. Dadurch werden verschiedene vulnerable Gruppen gegeneinander ausgespielt und die Solidarität zwischen ihnen gefährdet (La Berbera/Cassain/Caravantes 2024; Lombardo/Verloof 2009).

Aus der Perspektive eines inklusiven Intersektionalitätsbegriffs führen wir im Folgenden aus, wie insbesondere die EU-Strategien zur Geschlechtergleichstellung (Gender-Strategie) und zu LGBTIQ-Personen zukünftig ausgestaltet werden sollten. Dabei schließen wir an Ansätze an, welche die verschiedenförmige Vulnerabilität von Gruppen und zudem die Machtverhältnisse, welche diese Gruppen vulnerabel machen, in den Blick rücken und kritisieren (Roig 2018). Zentral sind feministische und queerfeministische Ansätze, die die heteronormativ vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Kapitalismus kritisieren (Fraser 1994; Tronto 2013; Ross/Solinger 2017) und ihr eine solidarische Sorgeökonomie gegenüberstellen (Beier 2024).

Neben einer Inhaltsanalyse zentraler EU-Dokumente und -Gesetzestexte berücksichtigen wir zivilgesellschaftliche Forderungen. Letztere setzen ein intersektionales Gleichstellungsverständnis häufig bereits stärker um als politische Entscheidungstragende. Neben den entsprechenden Veröffentlichungen europäischer NGOs basiert unser Text auf internen Workshop-Ergebnissen mit europäischen und nationalen NGOs aus dem November 2024 und Februar 2025.

Ausgangslage

Gleichstellungsprinzipien sind in der EU meist wirtschaftlichen Vorstellungen und Zielen untergeordnet (Elomäki 2023b). Die Kommission von der Leyen I (2019-2024) hat diese erstmals stärker mit den Grundrechten und Grundwerten der EU verbunden (ebd.) und eine „Union der Gleichheit“ als oberstes Ziel ausgegeben. Hierfür wurden fünf Strategien beschlossen, darunter erstmals eine Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen und ein Aktionsplan gegen Rassismus. Beide Initiativen sollen ebenso wie die Gender-Strategie erneuert und fortgesetzt werden, denn alle drei enden 2025. Die LGBTIQ-Strategie und die gegen Rassismus sollen bereits im letzten Quartal 2025 erscheinen (Europäische Kommission 2025c). Die Gender-Strategie ist für das erste Quartal 2026 angekündigt (Europäische Kommission 2025a).

In der vergangenen Legislaturperiode wurden zudem die Richtlinien zur Lohntransparenz (RL (EU) 2023/97), zur Geschlechterbalance in der Unternehmensführung (RL (EU) 2022/238) sowie zu Standards von Gleichbehandlungsstellen (RL (EU)

2024/1499; RL (EU) 2024/1500) verabschiedet (vgl. ausführlich Lange 2025; Abels/Klößner 2025). Zudem ratifizierte die EU die Istanbul-Konvention und verabschiedete die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (RL (EU) 2024/1385), eine Verordnung über digitale Dienste (VO (EU) 2022/2065) sowie zu Künstlicher Intelligenz (VO (EU) 2024/1689).

In der aktuellen Legislaturperiode 2024-2029 wurde an der Idee der „Union der Gleichheit“ festgehalten. Im März 2025 hat die Europäische Kommission (2025b) einen „Fahrplan für die Frauenrechte“ vorgelegt, der die Grundlage für die angekündigte Gender-Strategie bildet (Europäische Kommission 2025a). Der Fahrplan formuliert folgende acht Prinzipien und Handlungsfelder für die zukünftige EU-Politik: Freiheit von geschlechtsbezogener Gewalt; höchste Gesundheitsstandards; Entgeltgleichheit und wirtschaftliche Ermächtigung; Vereinbarkeit und Pflege; gleiche Arbeitsmöglichkeiten und angemessene Arbeitsbedingungen; qualitative und inklusive Bildung; politische Teilhabe und gleiche Repräsentation sowie institutionelle Mechanismen, die Frauenrechte verwirklichen.

Herausforderungen der bisherigen EU-Gleichstellungspolitik

Grundsätzlich begrüßen NGOs den Fahrplan und damit die Bekräftigung der Kommission, Geschlechtergleichstellung langfristig zu fördern. Positiv hervorgehoben wird die Aufnahme von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (IPPF EN 2025). Kritisiert wird jedoch, dass Frauen mit Behinderungen (European Disability Forum 2025) sowie trans* Frauen (Transgender Europe 2025) nicht explizit im Fahrplan genannt werden. Dadurch könne keine umfassende Geschlechtergleichstellung erreicht werden. Hier zeigen sich erste Grenzen des intersektionalen Verständnisses, da bestimmte Überkreuzungen sozialer Ungleichheitskategorien im Fahrplan unberücksichtigt bleiben. Generell ist der Fahrplan so allgemein gehalten, dass er kaum eine Grundlage für eine Analyse der konkreten politischen Vorhaben der Kommission bietet. Aus unserer Sicht sind daher die nachfolgend benannten Handlungsfelder besonders zentral.

Patriarchale Gewalt bekämpfen

Gewalt ist in europäischen Gesellschaften allgegenwärtig, strukturell verankert und Ausdruck patriarchaler Machtverhältnisse: in der EU hat jede dritte Frau seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erlebt. In den vergangenen zwölf Monaten waren 3 % aller 18- bis 74-jährigen Frauen von Gewalt betroffen (EIGE 2024, 34). Zudem sind queere Personen, insbesondere trans* und inter*, europaweit in besonderem Maße von Diskriminierung, Ausgrenzung, Hass und Gewalt betroffen (FRA 2024). LGBTIQ*-Personen, Frauen mit Behinderungen oder migrantisierte Frauen befinden sich häufig aufgrund intersektionaler Betroffenheiten in besonders vulnerablen Situationen (ebd.).

Der Einigung zur 2024 verabschiedeten Gewaltschutz-Richtlinie gingen schwierige Verhandlungen zwischen Rat und EP voraus. Insbesondere einigten sie sich nicht über die Aufnahme einer EU-weiten Definition von Vergewaltigung, die eine Vergewaltigung als Sexualverkehr ohne Zustimmung der betroffenen Person definiert („Nur Ja heißt Ja“). Die Richtlinie schützt zudem weder migrantisierte Frauen (Bauer-Babef 2024) noch LGBTIQ*-Personen vor Gewalt, wie es das EP gefordert hat (Sprang 2024).

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte gewährleisten

Bisher ist die EU im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRHR) nur wenig aktiv geworden. Die Kommission beruft sich auf mangelnde Kompetenzen in der Gesundheitspolitik. In den aktuellen Gender- sowie LGBTIQ*-Strategien und in dem nun vorgelegten Fahrplan fehlen klare Verpflichtungen zu diesen Menschenrechten.

Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist in der EU eingeschränkt (Molter et al. 2023; EPF 2021) und auch beim Zugang zu Verhütungsmitteln gibt es Handlungsbedarf (EPF 2025). Themen wie ein inklusiver Zugang zu reproduktiven Technologien für LGBTIQ*-Personen (Lange 2022), die rechtliche Ermöglichung geschlechtlicher Selbstbestimmung sowie der Zugang zu geschlechtsbestätigender Gesundheitsversorgung für trans* und inter* Personen bleiben in der EU-Politik größtenteils unberücksichtigt.

Bei diesen Themen zeigt sich EU-weit der Einfluss von Kräften, die heteronormative Zweigeschlechtlichkeit erzwingen und die körperliche Selbstbestimmung von Personen, die schwanger werden können, einschränken wollen (Lange 2023).

Während das EP zwischen 2019 bis 2022 die Entschließung 2018/2878(RSP) zur Gleichstellung und zum Schutz von intergeschlechtlichen Menschen sowie mehrere Entschließungen zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch ((2024/2655(RSP); 2020/2215(INI); 2022/2665(RSP); (2022/2742(RSP)) verabschiedet hat, waren Blockaden im Rat und in geringerem Maße in der Kommission sichtbar. In der Kommission ist neben der Empfehlung zu schädlichen Praktiken ein Bericht zur sozioökonomischen Situation von inter* Personen in der EU anhängig. Der Rat hat dagegen Verweise auf intergeschlechtliche Genitalverstümmelung aus dem Entwurf der Gewaltschutz-Richtlinie wieder gelöscht (vgl. Klöckner in diesem Heft). Zudem wird die Verordnung zur Anerkennung der Elternschaft (COM(2022) 695 final) durch Italien und Ungarn blockiert.

Geschlechtergerechte soziale (Re)Produktion ermöglichen

In der EU ist die Abhängigkeit von Lohnarbeit für die meisten Menschen zentral, um ihr Leben zu finanzieren. Darüber hinaus basiert die kapitalistische Produktionsweise darauf und profitiert davon, dass gesellschaftlich elementare Sorgearbeit

überwiegend von Frauen verrichtet wird. Diese Arbeit wird gezielt unsichtbar gemacht, abgewertet und nicht oder nur schlecht bezahlt (Fraser 2022; Gärtner et al. 2020; EIGE 2023).

Dementsprechend sind die geschlechtsbezogene Lohnlücke (2022: 12,7%), die Rentenlücke (2022: 25,2%) und die Sorgearbeitslücke zu schließen (Europäische Kommission 2024). Der Fahrplan für Frauenrechte erkennt diese Ungleichheiten als problematisch an.

Die zentralen jüngeren Rechtsakte in diesem Bereich sind die Vereinbarkeits-Richtlinie (RL (EU) 2019/1158), die Richtlinien zur Lohntransparenz (RL (EU) 2023/97) sowie zur Geschlechterbalance in der Unternehmensführung (RL (EU) 2022/238). Neben der Begleitung ihrer wirksamen Umsetzung sind weitere Maßnahmen erforderlich, die eine Transformation des Wirtschaftsmodells zum Ziel haben.

Radikalere Forderungen scheitern trotz einiger Erfolge sozialdemokratischer Projekte in den letzten Jahren (Schneider et al. 2023) an Strukturen und Akteur*innen, die die EU zur Verfestigung einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nutzen (Ryner 2015; Bieler/Bieling 2019). Der Fahrplan schreibt Handlungsbedarfe bei der Förderung der gleichberechtigten Aufteilung der Pflegeverantwortung zwischen Frauen und Männern fest. Diese gilt es auf alle Geschlechter auszuweiten. Zudem fordert der Fahrplan hochwertige Arbeitsplätze und gleiche Berufsaussichten für alle Geschlechter und zeugt damit von einem arbeitsmarktfokussierten Verständnis von Feminismus. Ein neoliberales Verständnis von Gleichstellung wird der EU im Bereich der Wirtschafts-, der Fiskal- und Arbeitspolitik schon lange attestiert, was sich auch auf die allgemeine Gleichstellungspolitik erstreckt (Elomäki 2023b).

Institutionelle Herausforderungen und Backlash

In der EU sind Gender-Mainstreaming-Strukturen seit Mitte der 1990er-Jahre etabliert. Eigene Berichte (EPRS 2019) sowie die Tatsache, dass geschlechtergerechte Perspektiven in vielen Politikfeldern wie Klima, Migration, Sicherheit oder Wirtschaft kaum eine Rolle spielen, verweisen allerdings auf weiteren Handlungsbedarf. Nur 7 % aller Folgenabschätzungen haben eine Geschlechterdimension (EPRS 2025).

Darüber hinaus verfolgt die Kommission nicht immer eine klare Linie gegen Anti-Gender-Kräfte: So hat sie etwa 1,2 Millionen Euro an Schwangerschaftsabbruchsgegner*innen gezahlt (Norris 2024). Auch der Europäische Rechnungshof (2025) kritisiert, dass bei der Finanzierung von NGOs nicht standardmäßig sichergestellt wird, dass diese die EU-Grundwerte einhalten. Zudem werden bestehende Instrumente zum Schutz dieser Werte wie der Rechtsstaatlichkeits- und der Konditionalitätsmechanismus oder auch Vertragsverletzungsverfahren nicht ausreichend angewandt (Scheppelle/Morijn 2024; Civil Liberties Union for Europe 2024; Westerholt/Lange 2024).

Politikempfehlungen

Aus unserer Sicht sollte die „Union der Gleichheit“ insbesondere durch die Berücksichtigung folgender Kernpunkte gestärkt werden: Erstens muss Intersektionalität als analytischer Zugang zum besseren Verständnis von Ungleichheit und Machtstrukturen sowie als prozedurales Instrument für eine inklusive Beteiligung an politischen Prozessen, stärker verankert werden. Zweitens müssen die bis 2025 auslaufenden Strategien umfassend und übergreifend evaluiert werden, da die Maßnahmen häufig nicht rechtsbindend waren und insbesondere Maßnahmen für trans* und inter* Personen blockiert wurden. Drittens müssen bereits verabschiedete Maßnahmen implementiert, konsequent angewendet und überwacht werden, bereits initiierte Vorhaben müssen verabschiedet werden.

Im Folgenden werden konkrete Empfehlungen aufgelistet. Einige Vorschläge sind eher inkrementelle Änderungen, die auf bereits Diskutiertem aufbauen, andere sind weitreichender und transformativer.

Patriarchale Gewalt bekämpfen

- Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände in Art. 83 Abs. 1 AEUV um Hasskriminalität und Hetze (Initiative der Kommission im Dezember 2021, die aktuell im Rat der EU blockiert wird) sowie um geschlechtsbezogene Gewalt gemäß der EP-Entschließung (P9_TA(2023)0427);
- Überarbeitung der Gewaltschutz-Richtlinie (EU) 2024/1385;
- Veröffentlichung der bisher innerhalb der Kommission blockierten Empfehlung zu schädlichen Praktiken, wie von Lahbib bereits für 2025 angekündigt (Lahbib 2025), mit Benennung und Maßnahmen zur Bekämpfung von weiblicher und intergeschlechtlicher Genitalverstümmelung sowie sogenannten Konversionstherapien (IPPF EN 2024);
- Annahme der überarbeiteten Opferschutz-Richtlinie (RL (EU) 2012/29), die intersektionale Diskriminierung vulnerabler Gruppen besonders adressieren sollte;
- Einführung ambitionierter Maßnahmen, um Geschlechterstereotype, Sexismus, Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ*-Personen und Rassismus zu bekämpfen, etwa durch schulbasierte Programme und Schulungen für Erwachsene zur Überwindung patriarchaler Normen. Dabei ist eine intensivierte Präventionsarbeit mit Jungen* und Männern* zentral.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte gewährleisten

- Verpflichtung der EU, die SRHR aller Menschen sicherzustellen, und Aufnahme dieser Verpflichtung in die EU-Primärverträge;
- Förderung umfassender Sexualaufklärung sowie Entwicklung und Bereitstellung von Trainingskursen und Materialien für Lehrkräfte (FIERCE 2024);

- Verpflichtung zum Training von Gesundheitspersonal mit Blick auf Intersektionalität und geschlechtergerechte Behandlung (Center for Reproductive Rights 2024);
- Förderung der rechtlichen Anerkennung des Geschlechts nach dem Selbstbestimmungsprinzip in allen EU-Staaten;
- Anerkennung der Elternschaft in Regenbogenfamilien durch Verabschiedung einer Verordnung (COM(2022) 695 final) sowie Änderungen des Abstammungsrechts, um Sorggemeinschaften besser abzusichern (European Commission/ DG JUST 2023; Lange 2022).

Geschlechtergerechte soziale (Re)produktion

- Überwachung der Umsetzung der Vereinbarkeitsrichtlinie (RL (EU) 2019/1158) in den Mitgliedstaaten (Sprang 2023) sowie der Empfehlungen des Rates zu frühkindlicher Bildung und Betreuung (Rat 2019/C 189/02) und zur Langzeitpflege (2022/264 (NLE)) mit besonderem Augenmerk auf die Situation vulnerabler Gruppen;
- Überwachung der Umsetzung der Lohntransparenz-Richtlinie (RL (EU) 2023/97) sowie der Kommissionsvorschläge an die EU-Staaten, wie Arbeit gleichwertiger gemacht und intersektionale Diskriminierung rechtlich adressiert werden kann;
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Frauen und LGBTIQ*-Personen: Gute und gut bezahlte Arbeit, insbesondere in weiblich dominierten Sektoren wie Bildung, Gesundheit und Pflege. Der soziale Dialog und Kollektivverhandlungen sollten strukturell integriert und gefördert werden (Advisory Committee 2025);
- Reduktion der Standards für die Arbeitswochenzeit, um Freiräume für unbezahlte Sorgearbeit, gesellschaftliches Miteinander und Freizeit zu schaffen (Fraser 1994; Gärtner et al. 2020);
- Ausgestaltung der EU-Wirtschafts- und Fiskalpolitik unter Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit. Hier ist der Aufbau einer Pflegewirtschaft und -demokratie zentral (Tronto 2013), das heißt: ein wirtschaftliches und politisches System, das gegenseitige Fürsorge priorisiert.

EU-Institutionen und EU-Politik nachhaltig geschlechtergerecht machen

- Anpassung der EU-Verträge, da diese auf der Definition der „Gleichstellung der Geschlechter zwischen Frauen und Männern“ basieren. Im Bereich der Nicht-diskriminierung hat das EP vorgeschlagen, den Schutz auf nicht-binäre, inter* und trans* Personen auszuweiten (Entschließung P7_TA(2014)0062) und das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche in den Grundsatz der Gleichstellung aufzunehmen (Entschließung P9_TA(2022)0302);

- Verpflichtung der Kommission zu Equality Budgeting, Equality Impact Assessment und Equality Mainstreaming, sowie Stärkung existierender Strukturen für diese Prozesse (Advisory Committee 2025). Die Kommission verfolgt im Rahmen der „Union der Gleichheit“ bereits ein Equality Mainstreaming (Lange 2025). Das Nebeneinander verschiedener Mainstreaming-Ansätze – neben Gender gibt es diese beispielsweise auch für Alter, Behinderung oder Jugend – sollte darin jedoch durchgängig gebündelt werden.
- Erweiterung der Ressourcen und Befugnisse der Gleichstellungskommissarin und ihrer Task Force (ebd.), insbesondere durch ein eigenes und langfristiges Budget für Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung;
- stärkere Zusammenarbeit aller Generaldirektionen der Kommission mit NGOs für Geschlechtergleichstellung, inklusive Gleichstellung von LGBTIQ*-Personen und SRHR;
- weiterer Ausbau der Datenerhebung für eine evidenzbasierte Gleichstellungspolitik. Dafür sollte Eurostat verpflichtet werden, die Bereitstellung detaillierter Gleichstellungsdaten zu ermöglichen, anstatt die Datenerhebung durch die Zuständigkeiten des European Institute for Gender Equality (EIGE) oder der Grundrechteagentur FRA zu fragmentieren;
- explizite Adressierung und Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung bei allen gesellschaftspolitischen Initiativen der Kommission für die laufende Legislaturperiode bis 2029, insbesondere im Demokratieschutzschild, im Aktionsplan für die europäische Säule sozialer Rechte, in der ersten Armutsbekämpfungsstrategie, im europäischen Plan für bezahlbares Wohnen, in der intergenerationalen Fairnessstrategie sowie in der Zivilgesellschaftsstrategie.

Verbündete stärken und Anti-Gender-Kräfte schwächen

- Überwachung der wirksamen Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen vor missbräuchlichen Klagen (RL (EU) 2024/106) sowie weitere Maßnahmen zu ihrem Schutz und dem ihrer Organisationen (Social Platform/Civil Society Europe 2024);
- Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarats;
- Berücksichtigung zentraler Punkte bei der Ausgestaltung der geplanten Zivilgesellschaftsstrategie: Diese sollte ein besonderes Augenmerk auf den Kampf gegen Anti-Gender-Kräfte legen. Jegliche Finanzmittel für solche Akteur*innen sollten gestrichen und ein wirksamer Mechanismus zur Überprüfung der Finanzwürdigkeit von NGOs entwickelt werden;
- Erhöhung der Finanzierung und deren langfristige Sicherstellung für Geschlechtergleichstellungs-, SRHR- und LGBTIQ*-Organisationen;
- Ermöglichung der umfassenden transnationalen Zusammenarbeit zwischen NGOs und Aufhebung bestehender Hürden für grenzübergreifende, zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie rechtliche und steuerliche Unsicherheiten.

Fazit

Der von uns skizzierte Weg, Gleichstellung auf EU-Ebene intersektionaler und diverser zu denken, um die Vision einer „Union der Gleichheit“ zu verwirklichen, ist kein leichter. Die aktuelle politische Gemengelage, insbesondere der EU-weite Aufstieg von Anti-Gender-Kräften in den EU-Institutionen und in den nationalen Regierungen, stellt eine erhebliche Bedrohung für diese Vision dar.

Eine echte „Union der Gleichheit“ kann aus unserer Sicht nur über die konsequente Anwendung des Konzepts der Intersektionalität erreicht werden, da sich dieses gegen antidemokratische und antifeministische Machtverhältnisse stellt und deren Überwindung fordert. Nur unter Berücksichtigung der vielfältigen Lebensrealitäten bei der Gestaltung, Umsetzung und Evaluierung gleichstellungspolitischer Maßnahmen kann eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in der EU am gesellschaftlichen und politischen Leben ohne strukturelle Diskriminierung und Ausgrenzung ermöglicht werden. Bei der Ausgestaltung der zukünftigen Gleichstellungsstrategie sollte daher auch der „gender first“-Ansatz überwunden werden, der die aktuelle Strategie, den jüngst veröffentlichten „Fahrplan für die Frauenrechte“ sowie auch den Diskurs rund um die EU-Gleichstellungspolitik bislang prägt.

Die Machbarkeit der einzelnen Vorschläge variiert stark. So formulieren wir inkrementelle Schritte, wie einzelne Richtlinien inklusiver für alle ausgestaltet werden könnten. Ferner schlagen wir Ideen mit einem hohen transformativen Potenzial wie die Anpassung bestehender EU-Verträge vor. Die Verwirklichung solcher und weiterer Ideen erfordert einen Paradigmenwechsel, der über die bisherigen Prioritäten der EU hinausgeht und auf erhebliche Widerstände stoßen dürfte.

Die Verwirklichung der „Union der Gleichheit“ bleibt realistisch gesehen ein fernes, aber entscheidendes Ziel, das nur durch unermüdlichen Einsatz auf allen EU-Ebenen und ein gemeinsames Handeln von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erreicht werden kann. Für eine EU, die das Leben aller Menschen verbessert und gerechter gestaltet, ist es jedoch zweifellos wert, an dieser Vision festzuhalten.

Literatur

Abels, Gabriele/Klückner, Thomas, 2025: „Eine Union der Gleichheit“ – Bilanz und Perspektiven der Präsidentschaft von der Leyens. In: *integration*. 48 (3), 202–217.

Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce M., 2020: Great Expectations, Structural Limitations: Ursula von der Leyen and the Commission’s New Equality Agenda. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies*. 58 (S1), 121–132.

Advisory Committee on Equal Opportunities for Women and Men, 2025: Opinion on A gender equal future. Follow up to the Gender Equality Strategy. Internet: https://commission.europa.eu/document/download/32aec022-78f1-419d-b54a-22b4db7c2382_en?filename=2024_Opinion%20Follow-up%20to%20GES_EN.pdf (10.7.2025).

Ahrens, Petra, 2018: Anti-feministische Politiker*innen im Frauenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments. In: *Feministische Studien*. 36 (2), 403–415.

Bauer-Babef, Clara, 2024: No Protections for Undocumented Women in EU Directive on Gender Violence. In: EurActiv, 9. Februar 2024. Internet: <https://www.euractiv.com/section/politics/news/no-protections-for-undocumented-women-in-eu-directive-on-gender-violence/> (10.7.2025).

Beier, Friederike, 2024: Gesellschaft ohne Geschlecht? Grundrisse einer geschlechtslosen und sorgenzentrierten Gesellschaft. In: Beier, Friederike (Hg.): Materialistischer Queerfeminismus. Theorien zu Geschlecht und Sexualität im Kapitalismus. Münster, 207-223.

Bieler, Andreas/**Bieling**, Hans-Jürgen, 2019: Conceptualising the Development of the European Political Economy from a Neo-Gramscian Perspective. In: Kiess, Johannes/Seeliger, Martin (Hg.): Trade Unions and European Integration. A Question of Optimism and Pessimism? Milton Park u.a., 51-68.

Center for Reproductive Rights, 2024: 2024-2029: Priorities for EU Action to Advance Gender Equality and Sexual and Reproductive Health and Rights. Genf.

Civil Liberties Union for Europe, 2024: European Commission's Rule of Law Report 2024. Gap Analysis. Internet: https://dq4n3btxm8c9.cloudfront.net/files/_adyxi/Gap_Analysis_EC_Rule_of_Law_Report_By_Liberties.pdf. (10.7.2025).

Coi, Giovanna, 2024: Mapped: Europe's Rapidly Rising Right. Politico, 24. Mai 2024. Internet: <https://www.politico.eu/article/mapped-europe-far-right-government-power-politics-eu-italy-finalnd-hungary-parties-elections-polling/> (10.7.2025).

Crenshaw, Kimberle, 1991: Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Color. In: Stanford Law Review. 43 (6), 1241-1299.

Davis, Kathy, 2019: Who Owns Intersectionality? Some Reflections on Feminist Debates on How Theories Travel. In: European Journal of Women's Studies. 27 (2), 113-127.

Debusscher, Petra, 2023: The EU Gender Equality Strategy 2020-2025. The Beginning of a New Season? In: Vanhercke, Bart/Sabato, Sebastiano/Spasova, Slavina (Hg.): Social Policy in the European Union: State of Play 2022. Policymaking in a Permacrisis. Brüssel, 91-110.

Dietze, Gabriele/**Roth**, Julia (Hg.), 2020: Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond. Bielefeld.

EIGE, 2023: A Better Work-Life Balance. Bridging the Gender Care Gap. Internet: https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/better-work-life-balance-bridging-gender-care-gap?language_content_entity=en (10.7.2025).

EIGE, 2024: Gender Equality Index 2024. Tackling Violence Against Women, Tackling Gender Inequalities. Internet: https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/gender-equality-index-2024-tackling-violence-against-women-tackling-gender-inequalities?language_content_entity=en. (10.7.2025).

Elomäki, Anna, 2023a: 'It's a Total No-No'. The Strategic Silence About Gender in the European Parliament's Economic Governance Policies. In: International Political Science Review. 44 (3), 403-417.

Elomäki, Anna, 2023b: Challenges to Feminist Knowledge? The Economisation of EU Gender Equality Policy. In: Sawyer, Marian/Banaszak, Lee/True, Jacqui/Kantola, Johanna (Hg.): Handbook of Feminist Governance. Cheltenham, 323-334.

Europäisches Parlament, o. J.: Helena Dalli - Lebenslauf. Internet: <https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20190919RES61451/20190919RES61451.pdf> (10.7.2025).

European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights (EPF), 2021: Abortion Policy Atlas. Internet: <https://www.epfweb.org/node/857> (10.7.2025).

Europäische Kommission, 2024: Gender Equality Strategy Monitoring Portal. Charts. Internet: <https://composite-indicators.jrc.ec.europa.eu/ges-monitor/charts> (10.7.2025).

Europäische Kommission, 2025a: Fahrplan für die Frauenrechte. COM[2025] 97 final.

Europäische Kommission, 2025b: Commission unveils its Roadmap to strengthen women's rights. Internet: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_681. (10.7.2025)

Europäische Kommission, 2025c: Commission Work Programme 2025. Moving Forward Together: A Bolder, Simpler, Faster Union. COM(2025) 45 final.

Europäischer Rechnungshof (2025): EU-Finanzierung für NGOs ist zu undurchsichtig. Internet: <https://www.eca.europa.eu/de/news?ref=NEWS-SR-2025-11> (10.7.2025)

European Commission/DG JUST, 2023: Progress Report on the implementation of the LGBTIQ Equality Strategy 2020-2025, Internet: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/lesbian-gay-bi-trans-and-intersex-equality/lgbtiq-equality-strategy-2020-2025_en. (10.7.2025)

European Disability Forum, 2025: Women with disabilities inexplicably left behind in the EU Roadmap on Women's Rights. Internet: <https://www.edf-feph.org/women-with-disabilities-inexplicably-left-behind-in-the-eu-roadmap-on-womens-rights/> (10.7.2025)

European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights (EPF), 2025: Contraception Policy Atlas 2025. Internet: <https://www.epfweb.org/node/1122> (10.7.2025).

European Parliamentary Research Service (EPRS), 2019: Gender Mainstreaming in der EU – Aktueller Stand. Internet: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2019/630359/EPRS_ATA\(2019\)630359_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2019/630359/EPRS_ATA(2019)630359_DE.pdf) (10.7.2025).

European Parliamentary Research Service (EPRS), 2025: Quality Analysis of European Commission Impact Assessments. Developments During the 2019-2024 Term. Internet: https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5ab8cd2c-fb0a-11ef-b7db-01aa75ed71a1/language-en?WT.mc_id=Selectedpublications&WT.ria_c=41957&WT.ria_f=6415&WT.ria_ev=search&WT.URL=https%3A%2F%2Fop.europa.eu%2Fen%2Fweb%2Fgeneral-publications%2Fjust-published (10.7.2025).

FIERCE – Feminist Movements Revitalizing Democracy in Europe, 2024: FIERCE Campaign Summarised Claims. Internet: https://drive.google.com/file/d/1CndYGf3VzEvuQ26BunEhskk_Z1MxOYk/view (10.7.2025).

Fraser, Nancy, 1994: After the Family Wage: Gender Equity and Social Welfare. In: Political Theory. 22 (4), 591-618.

Fraser, Nancy, 2022: Cannibal Capitalism: How Our System Is Devouring Democracy, Care, and the Planet and What We Can Do about It. London.

Fundamental Rights Agency (FRA), 2024: Harassment and violence against LGBTIQ people on the rise. Internet: <https://fra.europa.eu/en/news/2024/harassment-and-violence-against-lgbtqi-people-rise> (10.7.2025).

Gärtner, Debora/**Lange**, Katrin/**Stahlmann**, Anne, 2020: Was der Gender Care Gap über Geld, Gerechtigkeit und die Gesellschaft aussagt. Einflussfaktoren auf den Gender Care Gap und Instrumente für seine Reduzierung. Forschungsbericht. ISS e.V. Internet: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/154696/bb7b75a0b9090bb4d194c2faf63eb6aa/gender-care-gap-forschungsbericht-data.pdf> (10.7.2025).

Gender5+, 2024: Women in the European Parliament 2024-29. Numbers and beyond. <https://genderfiveplus.org/women-in-the-european-parliament-2024-29-numbers-and-beyond/> (10.7.2025).

International Planned Parenthood Federation European Network (IPPF EN), 2025: European Commission's new Women's Rights Roadmap includes SRHR. Now we need action. Internet: <https://europe.ippf.org/news/european-commissions-new-womens-rights-roadmap-includes-srhr-now-we-need-action> (10.7.2025).

International Planned Parenthood Federation European Network et al. (IPPF EN), 2024: Joint civil society letter to the European Commission on Recommendation on harmful practices. Inter-

net: <https://europe.ippf.org/news/joint-civil-society-letter-european-commission-recommendation-harmful-practices> (10.7.2025).

Kantola, Johanna/Lombardo, Emanuela, 2021: Challenges to Democratic Practices and Discourses in the European Parliament: Feminist Perspectives on the Politics of Political Groups. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*. 28 (3), 579-602.

Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.), 2017: *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality*. London.

La Berbera, Maria Caterina/Cassain, Laura/Caravantes, Paloma, 2024: The Discursive Construction of Intersectionality in Public Policy Implementation. In: *Critical Discourse Studies*. 21 (5), 555-572.

Lahbib, Hadja, 2025: Commissioner Lahbib's Speech at the European Parliament Structured Dialogue with FEMM Committee. 18. Februar 2025. Internet: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_25_543 (10.7.2025).

Lange, Katrin, 2022: Gleichstellung von Regenbogenfamilien. Handlungserfordernisse und Lösungsansätze in Deutschland sowie Einblicke in andere europäische Staaten. Arbeitspapier Nr. 23 der Beobachtungsstelle. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/9ff5e5a32d.pdf> (10.7.2025).

Lange, Katrin, 2023: Selbstbestimmung unter Druck? Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Europa. Dossier 1/2023 der Beobachtungsstelle. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/db7940a728.pdf> (10.7.2025).

Lange, Katrin, 2025: Union der Gleichheit. Fokausgabe des EU-Monitorings der Beobachtungsstelle. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/b837a82995.pdf> (10.7.2025).

Lombardo, Emanuela/Verloo, Mieke, 2009: Institutionalizing Intersectionality in the European Union? In: *International Feminist Journal of Politics*. 11 (4), 478-495.

Molter, Sarah/Lux, Julia/Lange, Katrin/Sprang, Friederike, 2023: Regelungen und Versorgungslagen des Schwangerschaftsabbruchs im Ländervergleich. Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Schweden und Spanien. Arbeitspapier Nr. 25 der Beobachtungsstelle. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/f2aba19f5b.pdf> (10.7.2025).

Norris, Sian, 2024: MEPs Demand Answers Over EU Funding of Anti-Abortion Charity. Internet: <https://www.opendemocracy.net/en/eu-anti-abortion-funding-questions-world-youth-alliance-erasmus/> (10.7.2025).

Roig, Emilia, 2018: Intersectionality in Europe: a Depoliticized Concept? Internet: <https://voelkerrechtsblog.org/de/intersectionality-in-europe-a-depoliticized-concept/> (10.7.2025).

Ross, Loretta/Solinger, Rickie, 2017: *Reproductive Justice. An Introduction*. Oakland.

Rozanova, Ana, 2024: Opinion from 50+ Civil Society Organisations on the New European Commission. Internet: <https://ergonetwork.org/2024/09/csos-react-to-new-european-commission/> (10.7.2025).

Ryner, Magnus, 2015: Europe's Ordoliberal Iron Cage: Critical Political Economy, the Euro Area Crisis and its Management. In: *Journal of European Public Policy*. 22 (2), 275-294.

Scheppele, Kim Lane/Morijn, John, 2024: Money for Nothing? EU Institutions' Uneven Record of Freezing EU Funds to Enforce EU Values. In: *Journal of European Public Policy*. 32 (2), 474-497.

Schneider, Etienne/Sablowski, Thomas/Syrovatka, Felix, 2023: Towards a Post-Neoliberal Mode of European Economic Integration? A Regulationist Critique of the Failing Forward-Approach. In: *Global Political Economy*. 2 (2), 246-267.

Social Platform/Civil Society Europe, 2024: 2024 EU Elections Manifesto. For Better Civic Space and Civil Dialogue. Internet: <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2023/12/ECF-2024-MANIFESTO-4.pdf> (10.7.2025).

Sprang, Friederike, 2023: Equal Care. Wie die EU eine geschlechtergerechte Aufteilung von Sorgearbeit fördert. Dossier 2/2023 der Beobachtungsstelle. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/94190bcde.pdf> (10.7.2025).

Sprang, Friederike, 2024: Verhandlungen zur EU-Richtlinie gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt. Fokausgabe des EU-Monitoring der Beobachtungsstelle. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/2c6ed84007.pdf> (10.7.2025).

Transgender Europe, 2025: TGEU Urges EU Commission to Uphold Trans Inclusion in Central EU Gender Roadmap. Internet: <https://tgeu.org/tgeu-urges-eu-commission-to-uphold-trans-inclusion-in-central-eu-gender-roadmap/> (10.7.2025).

Tronto, Joan C., 2013: Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice. New York.

Westerholt, Carlotta von/**Lange**, Katrin, 2024: Grundwerte der Europäischen Union. Hintergrundinformation der Beobachtungsstelle. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/d7ac9f15e7.pdf> (10.7.2025).

Wittenius, Marie/**Lange**, Katrin, 2021: No to Gender – Yes to what exactly? Einblicke in die europäische Anti-Gender-Bewegung. Newsletter der Beobachtungsstelle 2/2021. Internet: <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/618d958ae0.pdf> (10.7.2025).